

An den  
Vorsitzenden des  
Deutschen Bühnenvereins  
Landesverband Baden-Württemberg  
Herrn Bürgermeister Ulrich von Kirchbach  
Rathaus  
79098 Freiburg

**Claus Schmiedel MdL**  
**Fraktionsvorsitzender**

**Dr. Nils Schmid MdL**  
**SPD-Landesvorsitzender**  
**Stv. Fraktionsvorsitzender**

Telefon 0711/2063-729  
Telefax 0711/2063-702

25. Januar 2011

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

danke für die Möglichkeit, in einer Antwort auf Ihre Wahlprüfsteine die kulturpolitischen Vorstellungen der baden-württembergischen SPD darzustellen. Wir antworten also wie folgt:

- 1. Ohne die Förderung durch das Land nähme die Kultur jeglicher Provenienz in Baden-Württemberg Schaden. Die SPD bekennt sich deshalb ausdrücklich zu dieser Aufgabe. Diese Festlegung ist nur dann mehr als ein Lippenbekenntnis, wenn sie messbar wird und zwar in der Höhe der Mittel, die dafür im Landeshaushalt bereitgestellt werden. Wir haben die Kulturförderung nie als einen Bereich betrachtet, in dem bei jeder sich ergebenden Notwendigkeit Einsparauflagen durchexerziert werden – im Gegenteil. Unsere Haushaltsanträge aus den vergangenen Jahren belegen, dass wir sehr abwägend und verantwortungsbewusst, aber auch nachdrücklich die kulturellen Notwendigkeiten bedacht haben. Dies wird sich auch in Regierungsverantwortung nicht ändern und deshalb sichert die SPD Bestandsschutz und nach Möglichkeit einen Ausbau der Förderung zu. Einen ganz besonders dringlichen Bedarf sehen wir dabei bei den Theatern und Orchestern in freier Trägerschaft.*
- 2. Die anteilige Beteiligung an den Mehrkosten aus Tarifverhandlungen ist für uns Sozialdemokraten eine Notwendigkeit, aber auch eine Selbstverständlichkeit. Wir haben kein Verständnis dafür, wenn Tarifierhöhungen in den Häusern aus gedeckelten Etats genommen werden müssen, d. h. in der Regel zu Lasten von immer stärker ausgedünnten Spielplänen und von Personalreduzierungen im künstlerischen und technischen Bereich. Dasselbe gilt grundsätzlich auch für die freien Theater und die Soziokulturellen Zentren, bei denen die*

*Tariferhöhungen regelmäßig die Selbstausschüttungsquote der Beschäftigten erhöht, weil die Mittel zur Finanzierung der Tariferhöhungen nicht zur Verfügung stehen.*

3. *Die SPD will an den Sparten festhalten, die Ensembles fortführen und auch den Ensemble- und Repertoirebetrieb beibehalten. Solche Bestandsgarantien mögen in Zeiten der Finanzkrise und der Bewältigung ihrer Folgen allzu vollmundig klingen. Die SPD formuliert diesen Anspruch jedoch schon lange und sehr bewusst, gründend auf ihre Wertschätzung des Kulturellen und verweisend auf ihre praktische Kulturpolitik, die es stets vermieden hat, die Kultur zur Deckung von Haushaltslücken heranzuziehen.*
4. *Die SPD steht zur Projektförderung und will sie erhalten und ggf. gezielt ausbauen. Insbesondere die genannten Bereiche Kulturelle Bildung und Interkultur/Integration sind für uns klar identifizierte Ausbaubereiche. Wir erkennen allerdings auch immer mehr die Janusköpfigkeit der Projektförderung: einerseits das kalkulierbare Ermöglichte begrenzter und befristeter Ziele, andererseits das Entstehen einer regelrechten ‚Projektkultur‘, die Unverbindlichkeit, Unsicherheit und – in ihrer Ausweitung – ein massives gesellschaftliches Problem mit sich bringt. Die SPD wird diese tendenziell schädliche Entwicklung im Auge behalten und auf eine verträgliche Balance zwischen Projektförderung und Dauer- bzw. institutioneller Förderung achten.*
5. *Die sicht- und greifbare Verankerung der „Kulturellen Bildung“ im zuständigen Ministerium ist für die SPD ein Etappensieg auf ihrem Weg, der Kulturellen Bildung im Land generell den Weg zu ebnen. Denn dies ist ein kulturpolitisches Ziel, das wir in besonderer Weise verfolgen. Wir wissen, dass ein Schreibtisch und ein hochrangiger Beamter dafür noch nicht hinreichend sind – aber sie sind notwendig und ein erster Schritt in der kommenden Legislaturperiode. Die konkreten Forderungen (Theaterpädagogische Arbeit, Kultur-Kontaktlehrer, neues Unterrichtsfach Darstellende Kunst, Lehrstuhl Theaterwissenschaft) sind für uns grundlegende Voraussetzungen, um Kultureller Bildung eine gesicherte Grundlage zu schaffen. Diese Forderungen haben jedoch auch vielfältige Implikationen finanzieller und rechtlicher Natur. Diese Implikationen sind nicht trivial (z. B. das Ziel der Haushaltskonsolidierung, die Integration eines neuen Unterrichtsfaches bei gedecktem Zeitbudget, oder die Autonomie der Hochschulen im Hinblick auf ihre Entwicklung). Die SPD steht diesen Forderungen grundsätzlich offen gegenüber.*
6. *Die Verknüpfung zwischen den Kommunen und dem Land im Bereich der Kulturpolitik und insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Bereiche Theater und Kulturelle Bildung, berührt ein Feld unterschiedlichster und gemischter Zuständigkeiten. Die SPD ist der Auffassung, dass zwischen den unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen eine starke Koordinierung und Kooperation unter Auferlegung hoher Verantwortung erreicht werden muss. Im Bereich der Theater bedeutet dies z. B. eine zuverlässige Mitfinanzierung der kommunalen Theater, eine stärkere Unterstützung der kommunal spielenden Landestheater, eine solide Fundierung der Soziokulturellen Zentren und auch eine freundliche und materiell unterstützende Begleitung der Freien Theater. Und die Kulturelle Bildung verlangt diese Kooperation erst recht:*

*angefangen bei der Gestaltung der Lehrpläne und ihrer Abbildung in den lehrerbildenden Studiengängen (Land) bis hin zur Bereitstellung der Räume und der Lehr- und Lernmittel (Kommunen). Die SPD wird sich bemühen, diese Kooperation zu stützen, wo es sie schon gibt und sie zu initiieren, wo sie noch fehlt.*

Es würde uns sehr freuen, wenn uns der Souverän am 27. März die Gelegenheit gäbe, diese Vorstellungen in der Regierungsverantwortung und gemeinsam mit Ihnen kulturpolitische Realität werden zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Claus Schmiedel MdL  
Fraktionsvorsitzender

Dr. Nils Schmid MdL  
SPD-Landesvorsitzender  
Stv. Fraktionsvorsitzender